

Zypern kaufen. Verkäufer: eine Firma namens „Jacintha Ltd“ mit Sitz im Offshore-Paradies British Virgin Islands.

Wer hinter der Firma steckt, danach fragte in Stuttgart seinerzeit wohl niemand. Nur die Firma auf Zypern wurde von externen Anwälten der Bank überprüft. Bis heute weiß die LBBW nicht, wer wirtschaftlich von Jacintha und damit den LBBW-Millionen profitierte.

„Das stank ganz gewaltig nach Korruption“, sagt heute einer aus der Bank, der zwischenzeitlich mit dem Projekt betraut war. „Das ist doch ein Moskauer Märchen zu glauben, man könne in Russland so ein Geschäft machen, ohne zu schmieren.“

Dabei riet die Immobilienabteilung der Bank zur Vorsicht. In einem neun Seiten umfassenden Papier zur Bewertung des Projekts erkannten die Verfasser durchaus das Risiko, „da der Ankauf der zyprischen Objektgesellschaft von einer ‚British Virgin Island‘-Gesellschaft erfolgt, welche auch unter Compliance-Gesichtspunkten zu hinterfragen ist“.

Die mahnenden Stimmen fanden offensichtlich kein Gehör. „Die zähe Haltung des Verkäufers, in wesentlichen Vertragspunkten kein Entgegenkommen zu zeigen, aber auch die Verträge sehr einseitig zu überarbeiten, hatte uns bewogen, dieses Projekt nicht durchzuführen“, heißt es in einem Antrag für den Gesellschafterausschuss. Die politische Unterstützung durch die Moskauer Regierung habe aber letztlich zu einer positiven Entscheidung geführt.

Seit Juni 2009 führt Hans-Jörg Vetter die Bank. Er war als Sanierer von der Landesbank Berlin geholt worden, nachdem die LBBW im Zuge der Finanzkrise von ihren Eigentümern, dem Land Baden-Württemberg, der Stadt Stuttgart und den Sparkassen, mit Milliarden gestützt werden musste.

Vetter ließ das Moskau-Projekt untersuchen, zunächst von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Seit 2010 liegt der Fall zur Haftungsprüfung bei der Anwaltskanzlei White & Case. Mehr als zwei Jahre schleppt sich die Prüfung hin. Erst jetzt kommt wieder Fahrt in die Angelegenheit, denn plötzlich interessierte sich die neue Landesregierung für die Vorgänge rund um das German Centre.

Das Wirtschaftsministerium bohrte bei der LBBW nach. Jetzt soll am 23. Februar im Aufsichtsrat ein Abschlussbericht präsentiert werden. Ob bis dahin geklärt ist, wer die 30 Millionen Euro erhalten hat, ist eher unwahrscheinlich. Ein renommierter Wirtschaftsjurist sieht daher in dem Vorgang einen Fall für den Staatsanwalt. „Wenn die Bank nicht belegen kann, dass die von ihr gekaufte Projektgesellschaft all die Millionen wert ist, ist es Untreue oder Korruption – wahrscheinlich beides.“

MARTIN HESSE, MATTHIAS SCHEPP,
JÖRG SCHMITT



THOMAS LOHNER / DAPD

BÖRSEN

Emir sei Dank

Die Deutsche Börse ist mit ihren Fusionsplänen gescheitert. Doch um ihre Zukunft muss sie nicht bangen: Es winken dicke Geschäfte in bisher unregulierten Märkten.

Nur mühsam wahrte Reto Francioni die Contenance. „Dies ist ein schwarzer Tag für Europa“, sagte der wütende Vorstandsvorsitzende der Deutschen Börse am vergangenen Mittwoch. Der EU-Wettbewerbskommissar hatte gerade die Fusion seines Unternehmens mit der New York Stock Exchange untersagt, für die Francioni schon seit vielen Jahren kämpft.

Es war vor allem ein schwarzer Tag für Francioni, der gern als Verwaltungsratsvorsitzender der Megabörse über den Niederungen des Alltags schweben wollte. Doch für die Deutsche Börse ist die Absage ein Segen. Denn über die Geschichte des Konzerns wäre in Zukunft eher an der Wall Street als am Unternehmenssitz in Eschborn vor den Toren von Frankfurt entschieden worden.

Auch ohne die ungleiche Liaison mit den Amerikanern bieten sich glänzende

Geschäftsaussichten für das Unternehmen, das immer noch Gewinnmargen von 50 Prozent erzielt. Europas Gesetzgeber sind dabei, dem unregulierten Finanzmarkt endlich erste Fesseln anzulegen. Viele Geschäfte sollen nicht mehr in den Hinterzimmern gedealt, sondern auf das Börsenparkett gezwungen werden. Der natürliche Profiteur dieser Entwicklung ist die Deutsche Börse AG, die in Europa viele Marktbereiche dominiert.

In ganzseitigen Anzeigen hatte Francioni vor der Entscheidung Stimmung gegen EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia gemacht. Mehr als 80 Prozent der Umsätze im wichtigen Derivategeschäft würden außerhalb der offiziellen Börsen gemacht. Deshalb läge der Marktanteil der beiden Fusionskandidaten bei diesen Geschäften nicht, wie von der Kommission verkündet, bei 90, sondern eher bei 15 Prozent.



Börsenchef Francioni
Gewinnmargen von 50 Prozent

pflichten eingeführt hatten, lieferten irgendwann Zahlen.

Dank Emir soll es solche Peinlichkeiten in Zukunft nicht mehr geben. So heißt die Verordnung der EU, die möglichst noch in diesem Monat durch das EU-Parlament verabschiedet werden soll. Zurzeit geht es in einem sogenannten Trilog zwischen Kommission, Parlament und den EU-Regierungen nur noch um das Detail, welche Rolle die nationalen Aufseher und die europäische Börsenaufsicht ESMA spielen sollen. Deutsche und Briten kämpfen dafür, dass die Macht der ESMA nicht zu groß wird.

„Alle Derivate müssen künftig registriert werden“, sagt der CDU-Abgeordnete Werner Langen, der für Emir zuständige Berichterstatter des EU-Parlaments. Damit erhalten die Aufsichtsbehörden ab Anfang 2013 erstmals standardisierte Daten über den Umfang und die Art der Geschäfte. So sollen exzessive Risiken, die Banken oder andere Marktteilnehmer eingehen, künftig früher sichtbar werden. „Dies ermöglicht eine mikro- und makroprudenzielle Bewertung der Positionen einzelner Akteure“, heißt es bei der deutschen Finanzaufsichtsbehörde BaFin.

Gleichzeitig soll die Abwicklung der außerbörslichen Geschäfte nicht mehr in den Hinterzimmern der Banken, sondern über eine zentrale Gegenpartei bei offiziell zugelassenen Abwicklungsgesellschaften erfolgen. Wenn ein großer Marktteilnehmer wie 2008 die US-Bank Lehman umkippt, soll nicht mehr die ganze Finanzwelt Richtung Abgrund trudeln,

Doch der Spanier ließ sich nicht beirren: „Wäre die Fusion erlaubt worden, hätte das zu einem Quasi-Monopol geführt, mit negativen Konsequenzen für den Markt.“ Und der Wettbewerb wäre noch mehr eingeschränkt worden, wenn erst mal die neuen Regeln über den Handel mit Derivaten in Kraft getreten sind, die demnächst in Brüssel beschlossen werden.

Der Wert von Derivaten leitet sich ab von der künftigen Preisentwicklung bei Rohstoffen, Aktien, Zinsen, Devisen oder auch Staatspapieren. Es geht manchmal um wirkliche Sicherungsgeschäfte, wenn sich beispielsweise Siemens gegen eine Erhöhung des Dollarkurses in der Zukunft absichern will. Aber oft wird auch nur gewettet, auf das Wetter von morgen, den Brotpreis von übermorgen oder die Existenz des Euro im nächsten Jahr.

Zurzeit sind außerbörsliche Derivate mit einem Nominalwert von 700 Billionen Dollar im Umlauf. Das ist eine Zahl mit 14 Nullen, es entspricht dem Zehnfachen aller auf der Welt geschaffenen Güter und Dienstleistungen.

Als Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr französischer Kollege Nicolas Sarkozy einmal wissen wollten, wie viele Wetten eigentlich gegen einzelne Euro-Länder laufen, konnte ihnen in Europa niemand helfen. Die Aufsichtsbehörden tappten im Dunkeln. Nur die Amerikaner, die nach der Finanzkrise einige Melde-

weil keiner mehr für die Geschäfte der Bank einsteht. Nun sollen die Kontrakte des Pleitekandidaten bei sogenannten Clearinghäusern abgewickelt werden, die dafür je nach Risiko ein Pfand verlangen.

„Wir konnten nach der Lehman-Pleite ganz schnell alle Positionen sicher abwickeln“, sagt Stefan Mai von der Deutschen Börse. Über ihre Tochtergesellschaften ist die Deutsche Börse der größte Abwickler in Europa. Wenn nun auch die außerbörslichen Geschäfte dazukommen, wird der Umsatz deutlich steigen. „Wir versuchen, nicht zu euphorisch zu sein, sind aber durchaus optimistisch“, sagt Mai.

Nur die Unternehmen, die reale Geschäfte absichern wollen, brauchen künftig keinen offiziellen Abwickler. Auch Volksbanken und Sparkassen können sich der Kontrolle entziehen.

Bis Ende 2012 soll auch der außerbörsliche Handel aller standardisierten Derivate an offiziell registrierten Börsen erfolgen. Das haben die Regierungschefs der G-20-Länder schon 2009 bei ihrem Gipfel in Pittsburgh entschieden. Wer nicht zentral abwickelt, soll unter anderem mit höheren Kapitalanforderungen bestraft werden.

Auch wenn hier die Details noch in einer weiteren Brüsseler Verordnung geregelt werden müssen, kann die Frankfurter Börse ebenfalls zu den Hauptprofiteuren dieser Entwicklung zählen. In diesem Jahr will sie die Abwicklung sogenannter Zins- und später Aktienswaps anbieten, mit denen man auf die Zins- und Börsenentwicklung der Zukunft wetten kann.

Allerdings sind die Konkurrenten hellwach, nicht zuletzt deshalb, weil die Deutsche Börse im Zuge des Genehmigungsverfahrens für das Fusionsvorhaben ihre Profitmargen offenbaren musste. Amerikanische Wettbewerber haben sich in London positioniert. Zudem hat die Börse in den großen Investmentbanken mächtige Gegenspieler. Sie werden alles daransetzen, ihre außerbörsliche Spielweise möglichst groß zu halten. Hunderte Lobbyisten in Brüssel, London und Berlin sind äußerst rührig.

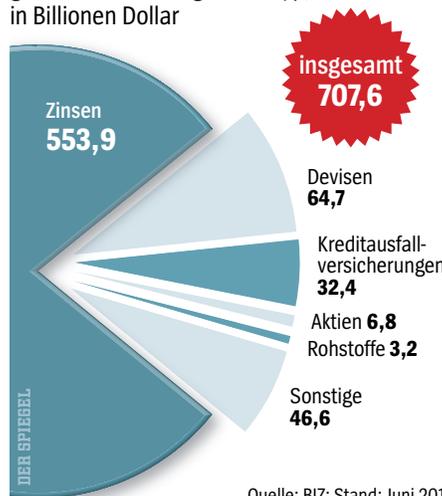
Ob Francioni die Zukunft der Deutschen Börse noch mitgestalten kann, ist vorerst unklar. Am 13. Februar ist die nächste Aufsichtsratssitzung. Dort will Aufsichtsrat Johannes Witt „eine gründliche und ergebnisoffene Diskussion über die Konsequenzen aus dem Fusionsdesaster“ fordern.

Zumindest die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat wollen auf der Sitzung die „Fehleinschätzungen“ Francionis thematisieren. Sein Vertrag läuft noch bis Ende 2013. Im Mai muss der Aufsichtsratsvorsitzende Manfred Gentz aus Altersgründen ausscheiden, der Francioni bisher immer gestützt hat.

CHRISTOPH PAULY

Derivate

Ausstehender Nominalwert außerbörslich gehandelter Verträge nach Typ, in Billionen Dollar



Quelle: BIZ; Stand: Juni 2011

Derivate sind Termingeschäfte, die zur Absicherung von Risiken genutzt werden können – wegen des geringen Kapitaleinsatzes aber auch zu riskanten Spekulationsgeschäften.